

## Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIV

### Teil 1: Einführung

1. Kapitel: Grundlagen und Begriffe .....	1
2. Kapitel: Gang der Untersuchung .....	12

### Teil 2: Finanzausgleich in Deutschland

3. Kapitel: Die Verteilung der Aufgaben .....	16
4. Kapitel: Die Verteilung der Ausgaben .....	48
5. Kapitel: Die Verteilung der Einnahmen .....	139
6. Kapitel: Die Korrektur der primären Einnahmenverteilung .....	217
7. Kapitel: Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Finanzausgleichs .....	301

### Teil 3: Finanzausgleich in der Europäischen Union

8. Kapitel: Die Europäische Union .....	324
9. Kapitel: Die Verteilung der Aufgaben .....	346
10. Kapitel: Die Verteilung der Ausgaben .....	402
11. Kapitel: Die Einnahmen der Europäischen Gemeinschaften .....	419
12. Kapitel: Horizontale Umverteilung .....	481
13. Kapitel: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und Entwicklung des Finanzausgleichs .....	504

### Teil 4: Zusammenfassung

Literaturverzeichnis .....	597
Sachregister .....	657

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIV

## Teil 1: Einführung

<i>1. Kapitel: Grundlagen und Begriffe</i> .....	1
A. Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen .....	1
B. Der Begriff des Finanzausgleichs .....	4
C. Bundesrepublik Deutschland und Europäische Union .....	7
<i>2. Kapitel: Gang der Untersuchung</i> .....	12

## Teil 2: Finanzausgleich in Deutschland

<i>3. Kapitel: Die Verteilung der Aufgaben</i> .....	16
A. Allgemeine Kompetenzverteilung (Art. 30 GG) .....	16
I. Anwendungsbereich .....	16
II. Residual-Kompetenz der Länder .....	17
III. Art. 30 GG als Auslegungsregel .....	18
IV. Vorbehalt anderer Regelung .....	18
1. Das Treffen einer anderen Regelung .....	18
2. Das Zulassen einer anderen Regelung .....	19
B. Gesetzgebung .....	19
I. Grundsatz (Art. 70) .....	19
1. Art. 70 Abs. 1 GG als Auslegungsregel .....	19
2. Bundeskompetenz nur aufgrund Verleihung .....	20
II. Ausschließliche Bundeskompetenzen .....	21
III. Konkurrierende Bundeskompetenzen .....	22
1. Sperrwirkung durch Gebrauchmachen .....	22
2. Erforderlichkeit bundesgesetzlicher Regelung .....	23
IV. Rahmenkompetenzen des Bundes .....	27

V. Das Überwiegen der Bundeskompetenzen .....	29
C. Verwaltung .....	30
I. Ausführung von Landesgesetzen .....	30
II. Ausführung von Bundesgesetzen durch die Länder .....	31
1. Ausführung als eigene Angelegenheit der Länder (Art. 84 GG) ...	31
2. Bundesauftragsverwaltung (Art. 85 GG) .....	31
III. Bundeseigene Verwaltung .....	33
1. Art. 86 ff. GG .....	33
2. Ungeschriebene Bundeskompetenzen .....	35
IV. Ausführung von Recht der Europäischen Gemeinschaften .....	37
V. Mischverwaltung .....	39
1. Verbot der Mischverwaltung? .....	39
2. Besondere Formen der Mischverwaltung .....	41
3. Ungeschriebene Bereiche der Mischverwaltung .....	42
D. Rechtsprechung .....	43
E. Konsequenzen der Kompetenzverteilung .....	44
I. Der deutsche Exekutivföderalismus .....	44
II. Föderalismusfreundliche Auslegung .....	44
 4. Kapitel: Die Verteilung der Ausgaben .....	 48
A. Der Grundsatz gesonderter Ausgabentragung (Art. 104 a Abs. 1 GG) ....	48
I. Gesonderte Ausgabentragung .....	48
II. Wahrnehmung von Aufgaben .....	51
1. Regelungen vor der Finanzreform .....	51
2. Verwaltungskompetenzen als Anknüpfungspunkt .....	52
III. Begriff der Ausgaben .....	56
1. Verwaltungsausgaben und Zweckausgaben .....	56
2. Haftungskosten als Verwaltungsausgaben .....	56
a) Einordnung .....	56
b) Anwendungsbereich .....	57
c) Gesetzesvorbehalt .....	57
d) Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.5.1994 .....	58
B. Ausnahmen vom Konnexitätsprinzip .....	62
I. Auftragsverwaltung (Art. 104 a Abs. 2 GG) .....	62
II. Geldleistungsgesetze (Art. 104 a Abs. 3 GG) .....	63
1. Anwendungsbereich .....	64
2. Umfang der Kostentragung .....	65
a) Quotenmäßige Festlegung .....	65
b) Anteil des Bundes .....	66
c) Anteil der Länder .....	67
3. Steuersubventionen .....	68
III. Finanzhilfen des Bundes (Art. 104 a Abs. 4 GG) .....	71
1. Art. 104 a Abs. 4 GG als Durchbrechung des Konnexitätsprinzips .	71

2. Die Länder als Empfänger der Zahlung	73
3. Anwendungsbereich	73
a) Bedeutsame Investitionen	74
b) Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	74
c) Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft	75
d) Förderung des wirtschaftlichen Wachstums	76
4. Regelungsalternativen	76
a) Bundesgesetz	76
b) Verwaltungsvereinbarung	78
5. Möglichkeiten und Einfluß des Bundes	79
IV. Bundeszuweisungen für den Personennahverkehr (Art. 106 a GG)	80
V. Ausgleich für Sonderbelastungen (Art. 106 Abs. 8 GG)	81
VI. Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben	82
1. Grundsätzliches	82
2. Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a GG	82
a) Anwendungsbereich	82
b) Sperrwirkung des Art. 91 a GG	84
c) Abschließende Aufzählung der Gemeinschaftsaufgaben	85
d) Gebiete der Mitwirkung des Bundes	87
aa) Ausbau und Neubau von Hochschulen	87
bb) Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	89
cc) Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes	91
e) Formen der Mitwirkung	91
aa) Rahmenplanung	91
bb) Finanzierung	92
3. Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 b GG	92
a) Bereiche des Zusammenwirkens	92
b) Regelung des Zusammenwirkens	93
4. Kritik und Änderungsvorschläge	94
VII. Art. 120 GG	97
1. Kriegsfolgelasten	97
2. Lasten der Sozialversicherung	98
VIII. Zusätzliche Finanzierungs Kompetenzen des Bundes	100
1. Rechtliche Zulässigkeit zusätzlicher Bundeskompetenzen	100
a) Zusätzliche Finanzierungs Kompetenzen über Art. 87 Abs. 3 GG	101
b) Stillschweigende Finanzierungs Kompetenzen aus der Natur der Sache	101
aa) Grundsätzliche Anerkennung	101
bb) Das „Flurbereinigungsabkommen“	104
(1) Gesamtstaatliche Repräsentation	105
(2) Auslandsbeziehungen	108
(3) Gesamtdeutsche Angelegenheiten	108
(4) Großforschung	109
(5) Wirtschaftsförderung	110
(6) Nichtstaatliche zentrale Organisationen	114
(7) Ressortzugehörige Funktionen	115
(8) Verfassungswidrige Bundessubventionen	115

cc) Stillschweigende Kompetenzen als ausschließliche Bundesaufgaben . . . . .	116
2. Parallelkompetenzen von Bund und Ländern . . . . .	118
3. Forderungen nach Verfassungsänderung . . . . .	122
C. Ausgaben im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften . . . . .	124
I. Eigenmittelabführungen an den EG-Haushalt . . . . .	124
II. Ausgaben aufgrund von Gemeinschaftsrechtsakten . . . . .	125
1. Ausführung von Gemeinschaftsrecht . . . . .	125
2. Geldleistungsvorschriften . . . . .	126
a) Geldleistungen aufgrund Gemeinschaftsverordnungen . . . . .	126
aa) Lösungsvorschläge in der Literatur . . . . .	127
bb) Ansätze zu einer Verfassungsänderung . . . . .	128
cc) Die systemgerechte Lösung . . . . .	129
b) Geldleistungen aufgrund von Richtlinien der Gemeinschaft . . . . .	131
aa) Ordnungsgemäße Umsetzung . . . . .	131
bb) Direkte Anwendbarkeit . . . . .	131
3. Haftung bei mangelhafter oder unterlassener Umsetzung von Richtlinien . . . . .	132
4. Rückzahlung von Beihilfen . . . . .	134
D. Ausgabenverteilung und Bundesstaat . . . . .	136
 5. Kapitel: Die Verteilung der Einnahmen . . . . .	139
A. Vertikale Einnahmenverteilung zwischen dem Bund und der Ländergesamtheit . . . . .	139
I. Einnahmen . . . . .	139
1. Steuern als wesentliche Einnahmequelle . . . . .	139
a) Die Entscheidung für den Steuerstaat . . . . .	139
b) Der Steuerbegriff . . . . .	141
c) Die Steuerarten . . . . .	143
aa) Direkte und indirekte Steuern . . . . .	143
bb) Besitz-, Verkehr- und Verbrauchsteuern . . . . .	143
cc) Zölle und Finanzmonopole . . . . .	145
2. Sonstige Abgaben . . . . .	146
a) Gebühren . . . . .	146
b) Beiträge . . . . .	147
c) Sonderabgaben . . . . .	147
3. Andere Einnahmen . . . . .	150
a) Einnahmen aus erwerbswirtschaftlicher Tätigkeit/ Vermögenserträge . . . . .	150
b) Bundesbankgewinn/Münzgewinn . . . . .	151
c) Kreditaufnahme . . . . .	152
d) Sonstiges . . . . .	153
II. Die Verteilung der Steuergesetzgebungsbefugnisse (Art. 105 GG) . . . . .	153
1. Allgemeines . . . . .	153
2. Ausschließliche Bundeskompetenzen (Art. 105 Abs. 1 GG) . . . . .	154
a) Gegenstände der ausschließlichen Bundeskompetenz . . . . .	154

aa) Zölle .....	154
bb) Finanzmonopole .....	155
b) Landeskompetenz aufgrund Ermächtigung .....	156
3. Konkurrierende Bundeskompetenzen (Art. 105 Abs. 2 GG) .....	158
a) Voraussetzungen der konkurrierenden Bundeskompetenz .....	158
aa) Beteiligung am Steueraufkommen .....	158
bb) Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 72 Abs. 2 GG .....	159
cc) Steuererfindungsrecht des Bundes .....	160
(1) Der Meinungsstreit .....	160
(2) Steuererfindungsrecht und Ertragskompetenz .....	163
(3) Erfordernis einer Verfassungsänderung .....	166
(4) Ergebnis .....	167
4. Konkurrierende Länderkompetenzen .....	167
a) Steuern, an deren Aufkommen der Bund beteiligt ist .....	167
b) Sonstige Steuern .....	170
c) Gebrauchmachen und Gleichartigkeit .....	170
d) Steuererfindungsrecht der Länder .....	172
5. Ausschließliche Länderkompetenzen (Art. 105 Abs. 2 a GG) .....	174
a) Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern .....	174
aa) Begriffe .....	174
bb) Gleichartigkeit .....	175
b) Kirchensteuer .....	177
6. Rechtsstaatliche Grenzen der Steuergesetzgebung .....	178
7. Die dominierende Stellung des Bundes im Steuerrecht .....	180
8. Grundsätze für die Steuergesetzgebung .....	181
III. Ertragshoheit .....	182
1. Bundessteuern .....	183
a) Ertragshoheit des Bundes .....	184
aa) Verbrauchsteuern .....	184
bb) Verkehrssteuern .....	185
cc) Einmalige Vermögensabgaben und Ausgleichsabgaben .....	185
dd) Ergänzungsabgaben .....	186
b) „Ertragshoheit“ der Europäischen Union .....	186
aa) Zölle .....	186
bb) Abgaben im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften .....	186
cc) Sonstige Eigenmittel .....	187
2. Ländersteuern .....	188
3. Gemeindesteuern .....	188
a) Die Stellung der Gemeinden .....	188
b) Ertragszuweisung an die Gemeinden .....	190
aa) Einkommensteueranteil .....	190
bb) Realsteuern .....	191
cc) Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern .....	193
c) Reform des Gemeindesteuersystems .....	194
4. Gemeinschaftssteuern .....	195
a) Einkommensteuer und Körperschaftsteuer .....	195
b) Umsatzsteuer .....	195
aa) Verteilungsgrundsätze .....	195

(1) Gleichmäßiger Anspruch auf Deckung .....	197
(2) Abstimmung der Deckungsbedürfnisse .....	200
(3) Familienlastenausgleich .....	202
bb) Änderungen .....	203
(1) Neufestsetzung .....	203
(2) Ausgleich durch Finanzausweisungen .....	204
cc) Mindestanforderungen an die Festsetzung der Umsatzsteueranteile .....	205
c) Die Gewerbesteuerumlage .....	207
B. Horizontale Einnahmenverteilung zwischen den Ländern .....	208
I. Landessteuern .....	208
II. Einkommensteuer .....	209
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	209
2. Regelung im Zerlegungsgesetz .....	209
a) Lohnsteuer .....	209
b) Zinsabschlag .....	210
III. Körperschaftsteuer .....	211
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	211
2. Regelung im Zerlegungsgesetz .....	211
IV. Umsatzsteuer .....	211
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	211
2. Regelung im Finanzausgleichsgesetz .....	213
V. Gewerbesteuerumlage .....	214
VI. Einnahmenverteilung als Zuteilung des Eigenen .....	214
 6. Kapitel: Die Korrektur der primären Einnahmenverteilung .....	217
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	217
I. Finanzausgleich und Bundesverfassungsgericht .....	217
1. Die Urteile zum Finanzausgleich im engeren Sinne .....	217
2. Die Justitiabilität der Finanzverfassung .....	219
a) Finanzverfassung und politischer Prozeß .....	219
b) Die Finanzverfassung als verbindlicher Rahmen .....	221
II. Verbindliche Stufenfolge .....	223
III. Art. 107 Abs. 2 S. 1 und 2 GG .....	224
1. Finanzkraft und Finanzbedarf .....	224
a) Einwohnerzahl als abstrakter Bedarfsmaßstab .....	225
b) Berücksichtigung von Sonderbedarf .....	226
2. Finanzkraft und Steuerkraft .....	231
3. Berücksichtigung der Gemeindefinanzen .....	232
4. Angemessener Ausgleich .....	233
a) Ermessen des Gesetzgebers .....	233
b) Verfassungsrechtliche Eingrenzung des angemessenen Ausgleichs .....	233
aa) Autonomie der Länder .....	234
bb) Die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse .....	235
(1) Art. 72 Abs. 2 GG .....	235

(2) Art. 106 Abs. 3 S. 4 Nr. 2 GG .....	236
cc) Grundrechte .....	238
dd) Die Obergrenze des Ausgleichs .....	238
c) Länderfinanzausgleich als Spitzenausgleich? .....	240
IV. Bundesergänzungszuweisungen (Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG) .....	241
1. Funktion der Ergänzungszuweisungen .....	241
a) Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen .....	242
b) Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen .....	245
2. Empfänger von Bundesergänzungszuweisungen .....	246
3. Umfang der Ergänzungszuweisungen .....	247
4. Ermessen des Gesetzgebers .....	248
V. Sonstige Korrekturmöglichkeiten in der Finanzverfassung .....	249
1. Geldleistungsgesetze (Art. 104 a Abs. 3 GG) .....	250
2. Finanzhilfen nach Art. 104 a Abs. 4 GG .....	250
3. Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a und 91 b GG .....	253
4. Finanzzuweisungen nach Art. 106 Abs. 4 S. 2 GG .....	253
5. Ausgleich für Sonderbelastungen (Art. 106 Abs. 8 GG) .....	253
6. Zuweisungen für den Personennahverkehr (Art. 106 a GG) .....	254
7. Ergänzende Transfers und Finanzkraftfreienfolge .....	255
VI. Bundesstaatsprinzip und Haushaltsnotlage .....	256
B. Übergangsregelungen auf dem Weg zur deutschen Einheit .....	257
I. Der Staatsvertrag vom 18.5.1990 .....	258
II. Finanzverfassungsrechtliche Regelungen im Einigungsvertrag .....	259
1. Art. 143 GG .....	259
2. Art. 7 EV .....	260
a) Bedeutung des Art. 7 EV .....	260
b) Inhalt des Art. 7 EV .....	261
III. Anpassung an die Realitäten .....	262
IV. Umsatzsteueranteile und Vorabauauffüllung .....	263
V. Weiterbestehende Sonderregelungen .....	266
C. Einfachgesetzliche Regelungen der horizontalen Korrektur .....	268
I. Umverteilungswirkungen im Rahmen der horizontalen Ertragsverteilung .....	268
1. Zerlegung .....	268
2. Bedarfsorientierte Umsatzsteuerverteilung .....	268
II. Der Länderfinanzausgleich .....	268
1. Ausgleichspflicht und Ausgleichsberechtigung .....	269
2. Berücksichtigung der Länderfinanzen .....	270
a) Berücksichtigungsfähige Einnahmen .....	270
aa) Steuern .....	270
bb) Sonstige Einnahmen .....	271
cc) Hafencosten .....	271
b) Einwohnerwertung der Stadtstaaten .....	273
3. Berücksichtigung der Gemeindefinanzen .....	274
a) Berücksichtigungsfähige Einnahmen .....	274

b) Einwohnerwertung . . . . .	276
4. Bemessung der Zuweisungen und Beiträge . . . . .	278
a) Prozentuale Angleichung . . . . .	278
b) Die Ländersteuergarantie . . . . .	278
D. Einfachgesetzliche Regelung der vertikalen Korrektur durch Bundesergänzungszuweisungen . . . . .	281
I. Gesamthöhe der Bundesergänzungszuweisungen . . . . .	282
II. Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen . . . . .	282
III. Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen . . . . .	282
1. Zuweisungen wegen überdurchschnittlicher Kosten politischer Führung . . . . .	282
2. Zuweisungen wegen einigungsbedingten Nachholbedarfs . . . . .	283
3. Übergangs-Bundesergänzungszuweisungen . . . . .	286
4. Zuweisungen zum Zwecke der Haushaltssanierung . . . . .	289
E. Der „stille“ Finanzausgleich . . . . .	290
F. Finanzverfassungsrechtliche Aspekte der Fusion von Berlin und Brandenburg . . . . .	291
I. Die gesetzliche Regelung . . . . .	291
II. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Übergangsregelungen . . . . .	293
G. Die Korrekturbedürftigkeit von Finanzverfassung und Finanzausgleich . . . . .	293
H. Vereinfachung des Finanzausgleichs im engeren Sinne . . . . .	295
7. Kapitel: <i>Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Finanzausgleichs</i> . . . . .	301
A. Problemfall Sozialhilfekosten . . . . .	302
I. Aufgabenverteilung . . . . .	303
II. Ausgabenverteilung . . . . .	305
III. Einnahmenverteilung . . . . .	307
IV. Lösung durch Verfassungsänderung? . . . . .	308
B. Stärkung der Länderautonomie . . . . .	309
I. Länderautonomie auf der Einnahmenseite . . . . .	309
II. Länderautonomie und Länderneugliederung . . . . .	314
III. Länderautonomie und differenzierter Föderalismus . . . . .	317
C. Objektivierung der Umsatzsteuerverteilung . . . . .	320

## Teil 3:

## Finanzausgleich in der Europäischen Union

8. Kapitel: <i>Die Europäische Union</i> . . . . .	324
A. Der Vertrag über die Europäische Union . . . . .	324

B. Grundlagen der Europäischen Union	327
I. Die drei Gemeinschaften	328
1. Die EGKS	328
2. Die EAG	329
3. Die EWG/EG	329
II. Gemeinsame Politiken und Zusammenarbeit	329
1. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	329
2. Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres	330
C. Die Organe in der Europäischen Union	331
I. Gemeinsame Organe	331
II. Der Rat	331
III. Die Kommission	333
IV. Das Europäische Parlament	333
V. Der Gerichtshof	335
VI. Der Rechnungshof	335
VII. Weitere Institutionen	335
1. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß	336
2. Der Ausschuß der Regionen	336
3. Die Europäische Investitionsbank	337
4. EWI und ESZB	338
5. Währungsausschuß und Wirtschafts- und Finanzausschuß	338
D. Gemeinschaftsrecht und nationales Recht	339
E. Beteiligung der Mitgliedstaaten am Entscheidungsprozeß	342
I. Die Vertragsänderung	342
1. Das Änderungsverfahren des Art. N EUV	342
2. Die Folgekonferenz 1996	343
3. Sondervorschriften	343
II. Mitwirkung durch den Rat	344
III. Beteiligung durch Abkommen	345
9. Kapitel: Die Verteilung der Aufgaben	346
A. Allgemeine Kompetenzverteilung	346
I. Der Grundsatz der begrenzten Ermächtigung	346
II. Ausschließliche und konkurrierende Zuständigkeiten	348
1. Ausschließliche Zuständigkeiten	348
2. Konkurrierende Zuständigkeiten	349
III. Das Subsidiaritätsprinzip (Art. 3 b Abs. 2 EGV)	349
IV. Ungeschriebene Gemeinschaftskompetenzen	353
V. Art. 235 EGV als allgemeine Ermächtigungsklausel?	353
1. Allgemeines	353
2. Auslegung des Art. 235 EGV	355
a) Zielverwirklichung	355

b) Gemeinsamer Markt, Erforderlichkeit .....	356
c) Subsidiarität .....	357
d) Sonstiges .....	357
3. Schranken durch das sonstige Primärrecht .....	358
a) Art. N EUV .....	358
b) Ausdrückliche Handlungsverbote im EG-Vertrag .....	359
c) Mittelbare Verbote .....	360
4. Schranken durch Grundprinzipien des Gemeinschaftsrechts .....	361
a) Das Demokratieprinzip .....	361
b) Das Subsidiaritätsprinzip .....	366
c) Der Grundsatz der Gemeinschaftstreue .....	367
d) Weitere Grundprinzipien .....	370
5. Völkerrechtliche Aspekte .....	370
6. Art. 235 EGV als begrenzte Ermächtigung .....	373
VI. Art. F Abs. 3 EUV .....	375
B. Gesetzgebung .....	377
I. Formen der Rechtsetzung .....	377
1. Allgemeines .....	377
2. Rechtsetzung durch Verordnungen .....	377
3. Rechtsetzung durch Richtlinien .....	378
II. Überblick über die Rechtsetzungskompetenzen der EG .....	381
1. Sachgebietsorientierte Kompetenzen .....	381
a) Zollwesen .....	381
b) Landwirtschaft .....	382
c) Verkehr .....	383
d) Wettbewerb .....	383
e) Steuern .....	384
f) Allgemeine Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	385
g) Währungswesen .....	385
h) Handelspolitik .....	386
j) Sozialpolitik .....	387
k) Strukturpolitik .....	387
l) Neue Zuständigkeiten .....	388
aa) Forschung- und Technologie .....	388
bb) Umwelt .....	389
cc) Bildung/Kultur/Gesundheitswesen .....	389
dd) Verbraucherschutz .....	390
ee) Industriepolitik .....	390
ff) Entwicklungspolitik .....	390
2. Zielorientierte Kompetenzen .....	391
a) Herstellung der Freizügigkeit .....	391
b) Errichtung und Funktionieren des Binnenmarktes .....	392
C. Verwaltung .....	393
I. Verwaltungskompetenzen der EG .....	394
1. Verwaltungskompetenzen der Kommission .....	394
a) Agrarpolitik .....	394
b) Wettbewerbspolitik .....	395

c) Strukturfonds und Kohäsionsfonds . . . . .	395
2. Andere Verwaltungsbehörden der EG . . . . .	395
II. Ausführung des Gemeinschaftsrechts durch die Mitgliedstaaten . . . . .	396
1. Grundsätzliches . . . . .	396
2. Aufsicht durch Gemeinschaftsorgane . . . . .	396
D. Rechtsprechung . . . . .	397
I. Die Gerichte der Gemeinschaft . . . . .	397
1. Der EuGH . . . . .	397
2. Das Gericht erster Instanz . . . . .	398
II. Das Verhältnis zu den nationalen Gerichten . . . . .	399
E. Festschreibung der Aufgabenverteilung im EG-Vertrag . . . . .	399
10. Kapitel: Die Verteilung der Ausgaben . . . . .	402
A. Grundsätzliches . . . . .	402
I. Der Grundsatz begrenzter Ermächtigung und das Konnexitätsprinzip . . . . .	402
II. Verwaltungsausgaben und operative Ausgaben . . . . .	404
III. Schranken für Ausgaben der Mitgliedstaaten . . . . .	405
B. Finanzierungszuständigkeiten und Ausgaben der Europäischen Gemeinschaften . . . . .	406
I. EGKS . . . . .	406
II. EG . . . . .	407
1. Landwirtschaft . . . . .	407
2. Sozialpolitik . . . . .	409
3. Strukturpolitik . . . . .	409
4. Transeuropäische Netze . . . . .	410
5. Forschung und Technologie . . . . .	410
6. Umweltpolitik . . . . .	411
7. Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz, Industriepolitik . . . . .	411
8. Entwicklungspolitik . . . . .	412
a) Entwicklungspolitik der Gemeinschaft . . . . .	412
b) Die Europäischen Entwicklungsfonds . . . . .	412
9. Neue Gemeinschaftspolitiken . . . . .	414
III. EAG . . . . .	414
C. Gesamthaushalt und Nebenhaushalte . . . . .	415
I. Der Gesamthaushalt der Gemeinschaft . . . . .	415
II. Gemeinschaftsausgaben außerhalb des Gesamthaushaltes . . . . .	415
1. Der EGKS-Funktionshaushalt . . . . .	415
2. Sonstige Ausgaben . . . . .	416
D. Überblick über die Ausgaben im Gesamthaushaltsplan 1996 . . . . .	417
E. Ausgabenverteilung nach dem Konnexitätsprinzip . . . . .	418

<i>11. Kapitel: Die Einnahmen der Europäischen Gemeinschaften</i> .....	419
A. Die Finanzierung internationaler Organisationen .....	419
I. Allgemeines .....	419
II. Das Budgetbewilligungsrecht des Parlaments .....	420
1. Das gemeinschaftsrechtliche Demokratieprinzip .....	421
2. Der Grundsatz der Gemeinschaftstreue .....	422
B. Die Einnahmen der EGKS .....	423
I. Die EGKS-Umlage .....	423
II. Andere Mittel der EGKS .....	424
C. Die ursprüngliche Beitragsfinanzierung von EWG und EAG .....	425
I. Allgemeiner Aufbringungsschlüssel .....	426
II. Der Europäische Sozialfonds .....	426
III. Der Forschungs- und Investitionshaushalt der EAG .....	426
IV. Einnahmen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft .....	426
V. Die Europäischen Entwicklungsfonds .....	427
D. Finanzierung durch Eigenmittel .....	427
I. Art. 201 EWGV und Art. 201 EGV .....	427
1. Prüfauftrag für die Kommission .....	427
2. Die Beschlußfassung .....	428
II. Die Rechtsnatur der Eigenmittelbeschlüsse .....	429
III. Der Eigenmittelbegriff .....	432
1. Eigene Mittel und Eigenmittel .....	432
2. Stellungnahmen zum Eigenmittelbegriff .....	433
3. Eigenmittel als Ausdruck von Finanzautonomie .....	433
IV. Der Inhalt der Eigenmittelbeschlüsse .....	436
1. Der Beschluß vom 21.4.1970 .....	436
2. Der Beschluß vom 7.5.1985 .....	437
3. Der Beschluß vom 24.6.1988 .....	437
4. Der Beschluß vom 31.10.1994 .....	438
V. Die Eigenmittelarten .....	439
1. Agrarabgaben .....	439
2. Zucker- und Isoglukoseabgaben .....	440
3. Zölle .....	441
4. Mehrwertsteuer-Eigenmittel .....	442
5. Bruttosozialprodukt-Eigenmittel .....	443
VI. Rechtliche Einordnung der Eigenmittel .....	444
1. „Traditionelle“ Eigenmittel .....	444
2. Mehrwertsteuer-Eigenmittel .....	445
3. Bruttosozialprodukt-Eigenmittel .....	446
VII. Beitragsfinanzierung nach 1970 .....	446
1. Übergangsregelungen .....	447
2. Vorschüsse .....	447

3. Erganzungsprogramme (Art. 130 k EGV) . . . . .	448
E. Weitere Einnahmen . . . . .	449
I. Abzüge von Dienstbezügen . . . . .	449
II. EGKS-Beitrag zum Verwaltungshaushalt . . . . .	450
III. Mitverantwortungsabgaben im Agrarbereich . . . . .	450
IV. Wahrungsausgleichsbetrage . . . . .	451
V. Zusätzliche Einnahmearten . . . . .	452
F. Neue Einnahmeninstrumente . . . . .	452
I. Die fünfte Eigenmittelkategorie . . . . .	452
II. Weitere Eigenmittel . . . . .	453
III. Neue Einnahmequellen durch Art. F Abs. 3 EUV? . . . . .	457
G. Sonstige Einnahmen im Sinne von Art. 201 Abs. 2 EGV . . . . .	458
H. Die Kreditfinanzierung . . . . .	462
I. Ausdrückliche Gestattungen . . . . .	462
1. Anleihen der EGKS . . . . .	462
2. Anleihen der EAG . . . . .	462
3. Anleihen der EIB . . . . .	463
II. Anleihetatigkeit der EWG/EG . . . . .	463
1. Arten von Gemeinschaftsanleihen . . . . .	464
a) Zahlungsbilanzanleihen . . . . .	464
b) Das Neue Gemeinschaftsinstrument . . . . .	465
c) Anleihen zur Gewährung von Finanzhilfen an Drittländer . . . . .	467
2. Rechtliche Zulässigkeit . . . . .	467
a) Keine ausdrückliche Ermächtigung . . . . .	467
b) Art. 108 EWGV . . . . .	468
c) Art. 109 h EGV . . . . .	469
d) Art. 103 a EGV . . . . .	469
e) Art. 235 EGV . . . . .	469
aa) Allgemeine Haushaltsfinanzierung . . . . .	470
bb) Zweckgebundene Anleihen . . . . .	472
(1) Fehlen der erforderlichen Befugnisse . . . . .	472
(2) Zielverwirklichung . . . . .	473
(3) Gemeinschaftstreue . . . . .	476
f) Der gemeinschaftliche Besitzstand . . . . .	477
J. Überblick über die Einnahmen im Haushaltsjahr 1996 . . . . .	477
K. Die Finanzhoheit der Gemeinschaft . . . . .	478
<i>12. Kapitel: Horizontale Umverteilung . . . . .</i>	<i>481</i>
A. Das Fehlen eines Finanzkraftausgleichs . . . . .	481
B. Umverteilung über die Einnahmen? . . . . .	482
I. Die Forderung nach Beitragsgerechtigkeit . . . . .	482
II. Die Aufbringung der Eigenmittel . . . . .	484

1. Die Mehrwertsteuer-Eigenmittel .....	484
2. Die BSP-Eigenmittel .....	485
3. Der Korrekturmechanismus für das Vereinigte Königreich .....	486
4. Übergangsregelungen für neue Mitgliedstaaten .....	488
5. Umverteilungswirkung .....	488
C. Umverteilung durch Ausgaben .....	489
I. Die Strukturfonds .....	489
1. Allgemeines .....	489
2. Der Europäische Sozialfonds (ESF) .....	493
3. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) .....	494
4. Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Ausrichtung (EAGFL) .....	494
II. Das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) ....	495
III. Die Europäische Investitionsbank (EIB) .....	495
IV. Der Kohäsionsfonds .....	497
1. Das Kohäsions-Finanzinstrument als Vorläufer .....	498
2. Der eigentliche Kohäsionsfonds .....	498
V. Sonstige Umverteilungsinstrumente .....	500
D. Erweiterte Solidarität .....	501
 <i>13. Kapitel: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und Entwicklung des Finanzausgleichs .....</i>	 504
A. Der Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion .....	505
I. Von den Anfängen bis zur Einheitlichen Europäischen Akte .....	505
II. Anläufe zur Währungsunion .....	507
III. Das Europäische Währungssystem .....	508
IV. Die ECU .....	510
V. Delors-Bericht und Maastricht .....	511
VI. Der Vertrag über die Europäische Union .....	512
B. Auswirkungen auf die Aufgabenverteilung .....	513
I. Die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion .....	513
II. Die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion .....	514
1. Das Europäische Währungsinstitut .....	514
2. Gesunde öffentliche Finanzen und Haushaltsdisziplin .....	515
III. Die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion .....	518
1. Währungsunion als Krönung oder Mittel zum Ziel .....	518
2. Das Entscheidungsverfahren .....	519
a) Automatismus oder unverbindliche Zielvorgabe? .....	519
b) Bedingter Automatismus .....	521
c) Verzögerungstaktik als Vertragsverstoß .....	523
3. Die Konvergenzkriterien .....	526
a) Bedeutung und Inhalt der Konvergenzkriterien .....	526
b) Der ökonomische Sinn der Konvergenzkriterien .....	530

c) Rechtliche Folgerungen .....	533
4. Die Errichtung des ESZB .....	535
5. Eigenständige und einheitliche Währung .....	537
6. Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung .....	538
7. Haushaltsdisziplin der dritten Stufe .....	540
C. Auswirkungen auf Ausgaben- und Einnahmenverteilung .....	540
D. Finanzausgleich und Umverteilung .....	541
I. Ökonomie und Währungsunion .....	541
1. Ökonomische Konsequenzen der Währungsunion .....	541
a) Vor- und Nachteile der Währungsunion .....	541
b) Der Wegfall des Wechselkursinstruments .....	543
c) Autonome Fiskalpolitik .....	544
d) Lohnpolitik .....	547
2. Notwendigkeit eines Finanzkraftausgleichs? .....	548
a) Unterschiedliche Ansichten im ökonomischen Schrifttum .....	549
b) Beschränkung des Teilnehmerkreises der Währungsunion .....	550
c) Glaubwürdigkeit .....	551
d) Ökonomische Forderungen und rechtliche Folgerungen .....	552
II. Bundesstaatsprinzip und Umverteilung .....	554
1. Währungsunion und politische Union .....	554
2. Rechtsnatur der Europäischen Union .....	556
3. Ableitungen aus dem Bundesstaatsprinzip .....	562
E. Finanzausgleich in Bewegung .....	564

#### Teil 4: Zusammenfassung

Literaturverzeichnis .....	597
Sachregister .....	657